

Blickpunkt Marktwirtschaft

Nr. 1
2004

Es bleibt viel zu tun

Ende 2003 bündelten sich alle großen politischen Entscheidungen im Vermittlungsausschuß. Was üblicherweise über ein halbes Jahr verstreut die politischen Gremien beschäftigt, wurde in wenigen Tagen vor Weihnachten entschieden – eine Garantie für schlechte Ergebnisse und für politisches Desinteresse in der Bevölkerung, die angesichts der Vielzahl von Themen den Überblick längst verloren hat.

Zu wenig Zeit

Eine weitere Folge dieser Themenbündelung ist, daß zu wenig Zeit blieb für die Vorbereitungen weiterer Reformen. Kaum ein Politiker dachte über das Mammut-Vermittlungsverfahren hinaus, eine Reformagenda für 2004 wurde mit Ausnahme der Steuerrückblick Diskussion nicht erkennbar.

Großer Reformbedarf

Dabei besteht weiterhin großer Reformbedarf. Erst ein Bruchteil des Notwendigen ist tatsächlich

geschehen. Hoffen wir deshalb, daß auch 2004 zu einem Reformjahr für Deutschland wird!

Doch nicht nur den Politikern möchten wir viel Erfolg im neuen Jahr wünschen, sondern auch allen Lesern des Blickpunkt Marktwirtschaft: Möge 2004 für Sie ein glückliches Jahr werden!

Mit besten Grüßen

Ihre Stiftung Marktwirtschaft

Blickwinkel

Augenblick (S. 2)

Zur Situation in Deutschland heute: Welche Reformen 2004 angegangen werden sollten, erläutert Lüder Gerken.

Rückblick (S. 3)

Tagungen und Expertengespräche: Erfreulich konstruktiv diskutierten Politiker im Fachgespräch „Gemeindefinanzen“ von Stiftung Marktwirtschaft und Bertelsmann Stiftung.

Durchblick (S. 4, 5)

Schwerpunkte unserer Arbeit: Fünf parteinahe und drei unabhängige Stiftungen haben sich zusammengetan, um gemeinsam Ideen für eine Erneuerung des deutschen Föderalismus zu erarbeiten.

Überblick (S. 6, 7)

Konzepte und Analysen: Im Streit um die Gesundheitsreform bemängelt die Stiftung Marktwirtschaft eine Begriffsverwirrung – und fordert eine sachlichere Diskussion.

Ausblick (S. 8)

Projekte in Vorbereitung: In den kommenden Monaten wird sich die Stiftung verstärkt auch dem Thema „Europa“ widmen.

Seitenblick (S. 2–8)

Im Spiegel der Presse: Projekte, Zitate und Gastkommentare.

Die unglaubliche Geschichte (S. 4)

Geld gibt's immer: Die Antisubventions-Subvention.

Seitenblick**Badische Zeitung****Ein Neujahrswunsch an Bock und Gärtner**

Die Ergebnisse des Vermittlungsausschusses waren Thema des Gastkommentars von Lüder Gerken. Darin äußerte er die Hoffnung, daß die Föderalismuskommission eine klarere Kompetenzzuordnung zwischen den föderalen Ebenen entwickeln werde (20.12.2003).

**Kompromisse reichen nicht aus**

Dr. Gerhard Schick, Föderalismusexperte der Stiftung Marktwirtschaft, bemängelte in einem Live-Interview beim Fernsehsender CNBC, daß die im Vermittlungsausschuß gefundenen Kompromisse nicht ausreichen (19.12.2003).

**Reformpartei CDU?**

Eine klare ordnungspolitische Strategie wünschte sich Lüder Gerken in seinem Gastkommentar von der CDU. Die aktuellen, oft widersprüchlichen Aussagen versteht er als Ausdruck eines Suchprozesses. Er hofft, daß dieser in ein konsistentes Programm münden werde, in dem der Bürger und nicht Partikularinteressen im Mittelpunkt stehen (27.11.2003).

**Interview zum Stabilitätspakt**

Als falsches Signal wertete der Vorstand der Stiftung in einem Interview mit dem Kölner Domradio das Aufweichen des Stabilitätspaktes (25.11.2003).

**Mehr Reformmut!**

Für mehr Reformmut in allen staatlichen Bereichen plädierte Lüder Gerken im Interview mit Ulf Tietge, Business in Baden (Heft 11/2003).

Auf ein Neues!

Mit dem Reformpaket, das im Vermittlungsausschuß beschlossen wurde, ging das von Kanzler Schröder zum Reformjahr erklärte Jahr 2003 politisch zu Ende. Für den Kanzler war die gesetzliche Umsetzung seiner Agenda 2010 ein politischer Kraftakt, der mit hohem persönlichen Einsatz verbunden war. Nach der ursprünglichen Planung des Kanzlers sollte dann 2004 und 2005 das Größte erledigt sein, um die SPD in Ruhe in die anstehenden Kommunal-, Landtags- und Europawahlen führen zu können.



Diese Rechnung wird jedoch nicht aufgehen. Der erste Grund dafür liegt im Ergebnis des Vermittlungsverfahrens selbst. Einige Fragen, wie z.B. die Regelung der organisatorischen Zuständigkeit für Langzeitarbeitslose zwischen Arbeitsämtern und kommunalen Sozialämtern, wurden de facto in das neue Jahr verschoben.

Andere Fragen wurden nur provisorisch gelöst. So bleibt die Reform der Kommunalfinanzen auf der Tagesordnung. Die Rückführung der Gewerbesteuerumlage auf das Niveau von 2000 verändert nichts an den Strukturproblemen, die bereits 2000 bestanden.

Der zweite Grund liegt darin, daß wichtige Fragen in der Agenda 2010 noch ausgespart waren. Ein erstes Beispiel sind die Sozialversicherungen. Zwar wurden erste Schritte in den großen Versicherungszweigen Kranken- und Rentenversicherung gemacht. Die entscheidende Rentenreform steckt jedoch noch im parlamentarischen Verfahren, für den Systemwechsel bei der Finanzierung der gesetzlichen Krankenversicherung gibt es noch nicht einmal einen konkreten Zeitplan. Auch die Reformen in den beiden kleineren Zweigen Pflegeversicherung und gesetzliche Unfallversicherung liegen noch vor uns.

Ein zweites Beispiel ist das Steuerrecht. Die Steuerentlastungen der letzten Jahre waren richtig und wichtig. Sie wurden aber nicht zu einer deutlichen Vereinfachung des Steuerrechts genutzt. Zuletzt haben sich Union und Regierungsparteien ge-

genseitig bei der Abschaffung von Steuersubventionen blockiert. Nun muß aus den verschiedenen steuerpolitischen Reforminitiativen der letzten Jahre, die mit den Namen Gunnar Uldall, Peter Bareis, Hermann Otto Solms, Christine Scheel, Paul Kirchhof und Friedrich Merz verbunden sind, ein mehrheitsfähiges politisches Konzept erarbeitet werden. Außerdem steht die Umsetzung des zu erwartenden Verfassungsgerichtsurteils zur Erbschaftsteuer an, das voraussichtlich auch Auswirkungen auf die Grundsteuer haben wird.

Das vielleicht wichtigste Beispiel ist jedoch die Föderalismus-Reform, die eine von Bundestag und Bundesrat eingesetzte Reformkommission bis Herbst 2004 erarbeiten soll. Mit ihr sollen die Verantwortlichkeiten im deutschen Föderalismus wieder klar zugeordnet werden, sowohl bei der Gesetzgebung und den Rechtsverordnungen als auch in der Finanzverfassung.

Die hier nur grob skizzierte Agenda für 2004 zeigt, daß auch dieses Jahr ein Reformjahr werden muß. Alles andere wäre auch sehr erstaunlich, wenn man den Zustand der deutschen Volkswirtschaft betrachtet. Wachsende Staatsverschuldung, drei Jahre ohne nennenswertes Wachstum und 4,3 Millionen Arbeitslose erlauben – Wahlen hin oder her – keine Reformpause.

Lüder Gerken, Vorstand der Stiftung Marktwirtschaft



Fachgespräch im Reichstagsgebäude: Prof. Dr. Manfred J.M. Neumann (Kronberger Kreis), Dr. habil. Lüder Gerken (Stiftung Marktwirtschaft), Prof. Dr. Marga Pröhl (Bertelsmann Stiftung) und Prof. Dr. Johann Eekhoff (Kronberger Kreis) (von links nach rechts).

Drei Schritte zu „guten Gemeindesteuern“

Ein Reformfahrplan, mit dem der Vorschlag des Kronberger Kreises zur Reform der Gemeindesteuern politisch umgesetzt werden könnte, zeichnete sich beim Fachgespräch Kommunalfinanzen von Stiftung Marktwirtschaft und Bertelsmann Stiftung am 5. November im Reichstagsgebäude ab: Nach der Reform der Gewerbesteuer, die im Vermittlungsausschuß Ende Dezember ausgeklammert wurde und damit weiter auf der Tagesordnung steht, könnte noch in dieser Legislaturperiode in einem zweiten Schritt die Grundsteuer reformiert werden. Prof. Dr. Johann Eekhoff (Kronberger Kreis) mahnte die Politik, dabei nicht wieder auf das Verfassungsgericht zu warten, sondern selbst aktiv zu werden. Als dritter Schritt wären die kommunalen Anteile an der Einkommensteuer in eine eigenständige kommunale Bürgersteuer umzuwandeln.

Erster Schritt ist am schwersten

Am schwierigsten dürfte in diesem Reformprozeß der erste Schritt sein. Denn nach wie vor sperren sich die Wirtschaftsverbände gegen eine wertschöpfungsorientierte kommunale Wirtschaftssteuer, wie sie der Kronberger Kreis vorschlägt. Sie fürchten eine gewinnunabhängige Besteuerung der Unternehmen. Doch der klare Vorteil einer wertschöpfungsorientierten Steuer wäre die Verstärkung der kommunalen Steuer-



Nahm Stellung: Dr. Dieter Salomon, OB der Stadt Freiburg.

einnahmen. Davon würde auch die Wirtschaft profitieren, weil die Kommunen langfristiger investieren könnten.

Bei den Kommunen, die lange Zeit die vom Kronberger Kreis empfohlene Bürgersteuer aus Angst vor einem intensiveren interkommunalen Wettbewerb um Bürger abgelehnt hatten, war auf dem Fachgespräch Bewegung zu erkennen: Oberbürgermeister Dr. Dieter Salomon aus Freiburg machte ebenso wie der Vertreter des Städte- und Gemeindebundes, Ulrich Mohn, und die kommunalpolitischen Sprecher der Bundestagsfraktionen, Bernd Schelen (SPD), Peter Götz (CDU/CSU) und Kerstin Andreae (Bündnis 90/Die Grünen) klar: „Die Kommunen sind bereit, in den Wettbewerb zu gehen.“ Ein ermutigendes Signal.

Deutlich wurde beim Fachgespräch, daß der Vorschlag des Kronberger Kreises – und auch das vergleichbare Modell der Bertelsmann Stiftung – einen wichtigen ersten Schritt für die Entflechtung der föderalen Finanzverfassung darstellt. Denn durch die Abschaffung der Gewerbesteuerumlage sowie der Einkommen- und Umsatzsteueranteile der Kommunen würde sich auch bei Bund und Ländern der Anteil der Verbundsteuern reduzieren. Lüder Gerken ermutigte deshalb auch die Politik: „Wir sollten die Kommunalfinanzreform nutzen, um das Dickicht der föderalen Finanzverfassung zu lichten.“

Seitenblick



Drei-Säulen-Modell als bessere Alternative

„Business in Baden“ berichtete über das Drei-Säulen-Modell des Kronberger Kreises für eine Neuordnung der kommunalen Finanzen. Chefredakteur Ulf Tietge zitierte Lüder Gerken, die Gemeinden könnten weder über die Verwendung noch über die Höhe ihrer Einnahmen wirklich frei entscheiden – „ordnungspolitisch ein Unding.“ Zukunftsweisender sei da das Modell des Kronberger Kreises, so Business in Baden: „So wäre jede Gemeinde erstmals wirklich auf sich gestellt.“ Das Modell stelle einen Kompromiß dar, der besser sei als jedes Verbandsmodell, weil es die kommunale Demokratie stärke, so Gerken (Januar-Heft, 19.12.2003).

Badische Zeitung

Finanzierungsstruktur ist zu komplex

In seinem Gastkommentar kritisierte Lüder Gerken, daß mittlerweile kein Bürger mehr überschauen könne, wieviel Steuern er an seine Gemeinde abführe, weil die Finanzierungsstruktur viel zu kompliziert sei. Als Lösung plädierte er für das 3-Säulen-Modell des Kronberger Kreises: Es würde die Finanzierung der Kommunen deutlich vereinfachen und den Städten mehr finanzielle Autonomie ermöglichen (25.11.2003).

Kronberger Kreis-Studie: Gute Gemeindesteuern

Juergen B. Donges, Johann Eekhoff, Wolfgang Franz, Wernhard Möschel, Manfred J.M. Neumann, Olaf Sievert (Kronberger Kreis): Gute Gemeindesteuern. Studien des Kronberger Kreises Nr. 40. Berlin: Stiftung Marktwirtschaft. 2003.

ISBN 3-89015-093-4

Seitenblick

Frankfurter Allgemeine**Ökonomen für deutschen Wettbewerbsföderalismus**

Karen Horn berichtete über die gemeinsame Erklärung der Stiftungsalianz von Bertelsmann Stiftung, Ludwig-Erhard-Stiftung, Stiftung Marktwirtschaft und den parteinahen Stiftungen: „Die großen deutschen Stiftungen rufen die Föderalismuskommission zu beherzten Korrekturen an der bundesstaatlichen Ordnung Deutschlands auf.“ Anzustreben seien eine klare Zurechenbarkeit politischer Verantwortung, Transparenz politischer Entscheidungen und bessere Beteiligungsmöglichkeiten auf allen Ebenen (17.10.2003).

Auch in einem weiteren Beitrag wies die FAZ-Journalistin darauf hin, daß die Stiftungsalianz grundlegende Reformen des Föderalismus anmahne (27.11.2003).

Wirtschafts Woche**Kritik am Föderalismus**

Sven Afhüppe und Hans Jakob Ginsburg beklagten in ihrem Beitrag „Berliner Wirrwarr“ den Zustand des deutschen Föderalismus. Der Bundesrat sei zu einer Nebenregierung geworden, die Bundesrepublik zu einem pseudoföderalen Staat. Zitiert wurde darin Dr. Gerhard Schick, Föderalismus-Experte der Stiftung Marktwirtschaft, mit einer Kritik am Länderfinanzausgleich: „Die Gleichmacherei schadet dem ganzen Land, weil wirtschaftlicher Erfolg nicht belohnt wird.“ (9.10.2003).

HNA**Mehr Autonomie für die Länder**

Im Interview mit Ines Pohl (Hessische/Niedersächsische Allgemeine) beklagte der Vorstand der Stiftung Marktwirtschaft, daß der Bundesrat seit vielen Jahren von der Opposition für Blockaden mißbraucht werde. Er plädierte für mehr Autonomie der Länder, sowohl bei der Gesetzgebung als auch bei den Steuerkompetenzen (7.11.2003).

Allianz der Stiftungen

Das Gefeilsche im Vermittlungsausschuß vor Weihnachten hat es noch einmal ganz deutlich gemacht: Damit Reformen durchgesetzt werden können und damit die Verantwortlichkeiten für politische Entscheidungen wieder klar zugeordnet werden können, bedarf es einer grundlegenden Reform des deutschen Föderalismus. Die Gefahr ist jedoch sehr groß, daß die zu diesem Zweck gemeinsam von Bundestag und Bundesrat eingesetzte „Kommission zur Reform der bundesstaatlichen Ordnung“ bei der Verfassungsreform in eine ähnliche Blockade gerät wie der Vermittlungsausschuß bei der Tagespolitik. In diesem Fall sind nur Mini-Reformen zu erwarten, die Deutschland nicht weiterbringen.

Ein solches Ergebnis wird nur dann zu vermeiden sein, wenn einerseits der Druck auf die politischen Akteure sehr groß ist, weil Bürger und Unternehmen die Föderalismus-Reform als zentrale politische Aufgabe einschätzen. Andererseits muß eine intensive wissenschaftliche und gesellschaftliche Diskussion konkrete Wege zur Reform des deutschen Föderalismus aufzeigen.

Um diese beiden Voraussetzungen für die grundlegende Reform des deutschen Föderalismus zu schaffen, hat sich eine neue und in dieser Art einmalige Allianz aus acht renommierten Stiftungen gebildet. Neben der Stiftung Marktwirtschaft sind die Bertelsmann Stiftung und die Ludwig-Erhard-Stiftung sowie alle politischen Stiftungen, also die SPD-nahe Friedrich-Ebert-Stiftung, die FDP-nahe Friedrich-Naumann-Stiftung, die CSU-nahe Hanns-Seidel-Stiftung, die Bündnis 90/Die Grünen nahestehen-

Stiftung Marktwirtschaft
Charlottenstr. 60
10117 Berlin
verantwortlich: Dr. habil.
Lüder Gerken
Redaktion: Dr. Katrin Schnettler
Tel.: (030) 206057-0
Fax: (030) 206057-57
www.stiftung-marktwirtschaft.de
info@stiftung-marktwirtschaft.de

de Heinrich-Böll-Stiftung und die CDU-nahe Konrad-Adenauer-Stiftung in dieser Allianz vertreten. In einer ersten gemeinsamen Stellungnahme wurde im Oktober 2003 die Politik u.a. aufgefordert, den Arbeitsauftrag der Kommission weit zu fassen und auch die dringend notwendige Entflechtung der Finanzverfassung aufzunehmen.

Die unglaubliche Geschichte**Aufforsten oder abholzen: Geld gibt's immer**

Wer in Baden-Württemberg seinen Grund und Boden aufforstet, erhält dafür Geld von Land und EU. Aber auch wer abholzt, wird belohnt. Ein Landesprogramm fördert alle, die Grünflächen als Teil der „Kulturlandschaft Baden-Württemberg“ anlegen oder erhalten und z.B. unbewirtschaftete Flächen von Jungbaumbestand befreien.

Die Idee für die Aufforstungsprämie stammt ursprünglich aus Italien. Dort will man die seit Römerzeiten kahlgeschorenen Hügel wieder bewalden. Nach bester EU-Tradition wurde die Subvention gießkannenmäßig auf die Mitgliedstaaten übertragen. Doch der badische Schwarzwald hat diese Förderung nicht nötig – im Gegenteil, die Tourismusbranche beklagt schon heute eine Überwucherung der Berge und Täler. Nachdem sie sich massiv über die Subvention beschwert hatte, erfand man im Ländle als Gegenrezept die Abholzungsprämie. Das ist die hohe Schule der Dialektik, der unsinnigen Subvention setze man eine Antisubventions-Subvention entgegen. Und die Synthese lautet: Geld gibt's immer, zur Freude der Landwirte und auf Kosten des Steuerzahlers.

Dem Landwirt ist deshalb folgendes zu raten. Erst den stillgelegten Acker zuwuchern lassen, dann mähen, um die Offenhaltungsprämie zu kassieren, danach Bäume pflanzen, um jährlich bis zu 500 Euro pro Hektar für die Erstaufforstung einzustecken. Bis die Bäume groß sind, hat die Politik mit Sicherheit die nächste Prämie erfunden.

Mehr Flexibilität für die Ausbildung

Die Ausbildungsabgabe ist kein Mittel, um die Lehrstellenproblematik zu lösen, so die Überzeugung der Stiftung Marktwirtschaft. Im Gegenteil wäre sie Gift für den Arbeits- und Lehrstellenmarkt.

„Wenn man das Lehrstellenproblem lösen will, muß man ganz woanders ansetzen“, urteilt Lüder Gerken, Vorstand der Stiftung Marktwirtschaft. Die Schaffung von Lehrstellen lasse sich nicht vom Staat diktieren. „Unternehmen bilden aus, wenn es für sie von Vorteil ist. Wenn es zu wenige Lehrstellen gibt, dann übersteigen die Kosten der Ausbildung den Nutzen.“

Aus Sicht der Stiftung Marktwirtschaft gibt es dafür drei Hauptursachen: „Starken Einfluß auf die Vorteilskalkulation der Unternehmen hat die oft mangelnde Schulbildung der Jugendlichen. Wer einem Lehrling erst das Bruchrechnen beibringen muß, überlegt sich zweimal, ob er ihn einstellt.“ Zweitens, so Gerken, passen die rigiden und vielfach veralteten Ausbildungsordnungen nicht

mehr ins moderne Wirtschaftsleben. „Hier benötigen wir sehr viel mehr Flexibilität.“ Drittens sei die Ausbildungsvergütung oft zu hoch, zumal zu Beginn einer Ausbildung. Auch hier sei mehr Flexibilität notwendig.

Deshalb appelliert die Stiftung Marktwirtschaft: „Statt eine Strafumlage zu verlangen, sollten sich die Gewerkschaften verantwortungsvoll verhalten. Über die Festlegung der tariflichen Ausbildungsvergütungen haben sie es zu einem guten Teil selbst in der Hand, wie viele Lehrstellen entstehen.“



Ausbildung in Deutschland: Die Stiftung Marktwirtschaft fordert mehr Flexibilität.

Als Sachverständiger vor dem Haushaltsausschuß

Eines der größten politischen Streitthemen des vergangenen Quartals war die Frage, ob die Steuerreformstufe 2005 vorgezogen werden sollte. Der Vorstand der Stiftung Marktwirtschaft plädierte bei einer Anhörung vor dem Haushaltsausschuß des Deutschen Bundestags am 8. Oktober 2003 für mehr Kontinuität in der Steuerpolitik: Zwar sei die Vorstellung falsch, mit dem Vorziehen der Steuerreform das Wirtschaftswachstum ankurbeln zu können. Steuersenkungen brächten, wenn überhaupt, nur geringfügige Verbesserungen: „Wir sind überzeugt davon, daß es einen nennenswerten konjunkturellen Effekt nicht geben wird.“

Nun müsse man aber die Ankündigung umsetzen, um Verbraucher und Investoren nicht noch mehr zu irritieren: „Die

Verunsicherung der Wirtschaft ist nicht zuletzt darauf zurückzuführen, daß in der Politik heute dieses und morgen jenes beschlossen wird und daß nicht sicher ist, daß das, was beschlossen worden ist, auch tatsächlich umgesetzt wird.“

Allerdings müsse, um eine noch größere Neuverschuldung zu vermeiden, der Einnahmefall vollständig gegenfinanziert werden. Dazu gelte es zum einen, die verschiedenen Vorschläge zum Subventionsabbau durchzusetzen. Gerken mahnte in diesem Zusammenhang bei der Anhörung im Bundestag auch die Union, Kürzungen bei Eigenheimzulage und Pendlerpauschale nicht zu blockieren. Zum anderen müßten weitere Privatisierungspotentiale genutzt werden.

Seitenblick

Badische Zeitung

Nicht noch mehr Verschuldung

Als verantwortungslos beurteilte Lüder Gerken in seinem Gastkommentar das Vorziehen der Steuerreform, wenn die Verschuldung noch höher getrieben werde. Doch ebenso verantwortungslos sei das Verhalten der Opposition, eine Gegenfinanzierung über den Abbau von Steuerprivilegien zu torpedieren (18.10.2003).

FINANCIAL TIMES

Keine Ausbildungsplatzumlage

Der Vorstand der Stiftung Marktwirtschaft kritisierte im Gastkommentar die Ausbildungsplatzabgabe als Instrument des klassischen Umverteilungskampfes, das letztlich den Lehrstellensuchenden mehr schade als nutze (9.10.2003).

Süddeutsche Zeitung

Opposition für radikale Reform

Die Süddeutsche Zeitung berichtete über die Stellungnahme Gerkens vor dem Haushaltsausschuß: „Bürger und Unternehmen hemmt das Hin und Her über die Höhe ihrer Steuerlast in ihrer Zukunftsplanung: Langfristige Konsumausgaben und Investitionen unterbleiben.“ (8./9.10.2003).

Frankfurter Allgemeine

Sachverständige gegen Kredite

Manfred Schäfers wies in seinem Text zur Sachverständigenanhörung auf die Stellungnahme von Lüder Gerken hin. Dieser habe Zweifel geäußert, daß das geplante Vorziehen nennenswerte konjunkturelle Effekte auslösen könne (9.10.2003).

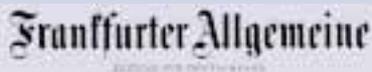
Börsen-Zeitung

Kritische Experten

Auch die Börsenzeitung berichtete über die Kritik Gerkens bei der Sachverständigenanhörung: „Gerken befürwortete das Vorziehen nur bei vollständiger Finanzierung durch den Abbau von Subventionen und bei Privatisierungen.“ (9.10.2003).

Seitenblick**Handelsblatt****Wider das Monopol**

Nicht nur in der Kranken-, Pflege- und Rentenversicherung, sondern auch in der gesetzlichen Unfallversicherung sind Reformen dringend notwendig, urteilte Lüder Gerken in einem Handelsblatt-Gastkommentar. Die Monopolstellung der Berufsgenossenschaften müsse aufgebrochen werden, um mehr Effizienz und Kundenorientierung zu erreichen. Die Aufgaben der Unfallversicherung erforderten kein gesetzliches Monopol (9.10.2003).

**Berufsgenossenschaften und Wettbewerb**

„Das Monopol der Berufsgenossenschaften als Träger der gesetzlichen Unfallversicherung ist ökonomischer Unsinn“, mit dieser Aussage zitierte die FAZ Lüder Gerken und Guido Raddatz. Der Satz stammt aus dem Beitrag von Gerken und Raddatz in der im November 2003 erschienenen Publikation „Berufsgenossenschaften und Wettbewerb“, die die Frankfurter Allgemeine Zeitung in der Reihe „Neue Wirtschaftsbücher“ rezensierte (8.12.2003).

**Rot-Grün weitet Entlastung der Statistik aus**

Das Unternehmermagazin *impulse* berichtete über die Analyse der aktiven Arbeitsmarktpolitik, welche die Stiftung Marktwirtschaft seit zwei Jahren regelmäßig erstellt: „Entgegen anders lautender Versprechen: Rot-Grün fährt die künstliche Beschäftigung weiter hoch“, schrieb *Impulse*-Politikchef Christian Plöger. Besonders bitter sei, daß der Rückgang der Arbeitslosigkeit im Oktober 2003 nach der Analyse der Stiftung zu 80 % auf das Konto staatlicher „Job-Politik“ gehe (Januar-Heft, 22.12.2003).

Mut zum Wettbewerb

In der gesetzlichen Unfallversicherung ist Wettbewerb bisher noch ein Fremdwort. Jedes Unternehmen ist bei der jeweils zuständigen Berufsgenossenschaft Zwangsmitglied. Wechselmöglichkeiten zwischen verschiedenen Berufsgenossenschaften oder Wahlmöglichkeiten über den Versicherungsumfang bestehen nicht. Neben betrieblichen Arbeitsunfällen umfaßt der Versicherungsschutz auch Berufskrankheiten und die sogenannten Wegeunfälle auf dem Weg von und zur Arbeitsstätte.

Im Gegensatz zu den übrigen Sozialversicherungszweigen spielt ein über das Versicherungsprinzip hinausgehender Solidarausgleich in der gesetzlichen Unfallversicherung so gut wie keine Rolle. Um so unverständlicher ist die staatlich geschützte Monopolstellung der Berufsgenossenschaften.

Die Stiftung Marktwirtschaft kritisierte das berufsgenossenschaftliche Monopol im September auf einer gemeinsam mit der Wirtschaftspolitischen Gesellschaft von 1947 durchgeführten Diskussionsveranstaltung in Frankfurt am Main. Inzwischen sind die Beiträge der Referenten unter dem Titel

„Berufsgenossenschaften und Wettbewerb“ als Band 35 in der Reihe Kleine Handbibliothek erschienen.

Dr. habil. Lüder Gerken und Dr. Guido Raddatz betonen in ihrem einleitenden Beitrag, daß es keine überzeugenden ökonomischen Gründe für die Monopolstellung der Berufsgenossenschaften gebe. Die Beiträge von Prof. Dr. Volker Rieble und Dominik Jochums (Universität Mannheim) sowie von Prof. Dr. Richard Giesen (Universität Gießen) beleuchten die juristische Seite des Monopols und gehen insbesondere der Frage seiner europarechtlichen Kompatibilität nach.

Angesichts der für Monopole typischen Ineffizienzen sollte die Politik allerdings nicht darauf warten, ob die gesetzliche Unfallversicherung mit dem Europarecht vereinbar ist, sondern das Wettbewerbsdefizit der Berufsgenossenschaften zum Wohle der betroffenen Unternehmen und Arbeitnehmer möglichst schnell beseitigen.

Stiftung Marktwirtschaft (Hrsg., 2003), Berufsgenossenschaften und Wettbewerb, Berlin: Stiftung Marktwirtschaft.

Damit Hartz wirkt!

Trotz der politischen Umsetzung wesentlicher Teile des Hartz-Konzeptes vor gut einem Jahr ist der erhoffte Rückgang der Arbeitslosigkeit bisher ausgeblieben. Gemessen an den Erwartungen, die seinerzeit von politischer Seite geweckt wurden, können die Auswirkungen der Hartz-Reform bisher nur als ernüchternd bezeichnet werden. Nimmt man jedoch den eigentlichen Auftrag an die Hartz-Kommission als Maßlatte, so ist diese Entwicklung nicht besonders verwunderlich. Schließlich ging es im wesentlichen „nur“ um den Umbau der Bundesanstalt für Arbeit und um Maßnahmen zur Steigerung der Effizienz der Arbeitsvermittlung.

Im Sommer 2003 versuchten die Stiftung Marktwirtschaft und die Hanns-Seidel-Stiftung auf einer gemeinsamen Fachtagung, eine erste Bewertung der bisher umgesetzten Reformmaßnahmen vorzunehmen und den weiteren Reformbedarf für eine umfassendere Beschäftigungspolitik

aufzuzeigen. Dabei wurde deutlich, daß die Politik keinen Anlaß hat, sich mit den bisher umgesetzten Maßnahmen zufrieden zu geben. Weder können die im Zuge der Hartz-Reform eingeführten arbeitsmarktpolitischen Instrumente hinreichend überzeugen, noch wurden die Strukturprobleme des Arbeitsmarktes auch nur annähernd gelöst. Hinzu kommt, daß in vielen Bereichen, die die Entwicklung des Arbeitsmarktes zumindest indirekt beeinflussen – beispielsweise das Gesundheitssystem über die Lohnnebenkosten –, ebenfalls ein immenser Reformbedarf besteht.

Die überarbeiteten und teilweise erweiterten Beiträge der Experten aus Wissenschaft, Politik und Praxis können jetzt in einem Dokumentationsband zur Tagung nachgelesen werden.

Guido Raddatz und Gerhard Schick (Hrsg., 2003), Damit Hartz wirkt!, Berlin: Stiftung Marktwirtschaft.

Im Begriffsdickicht der Gesundheitsdiskussion

An Vorschlägen aus Wissenschaft und Politik für eine Gesundheitsreform besteht wahrlich kein Mangel. Spätestens seit dem Bericht der Rürup-Kommission ist die öffentliche Debatte über den zukünftig zu beschreitenden Weg voll entbrannt. Für Nicht-GesundheitsökonomInnen stellt sich die Diskussion allerdings reichlich verwirrend dar. Denn bei dem im Vordergrund stehenden Begriffspaar „Bürgerversicherung und Kopfpauschale“ handelt es sich um emotionsgeladene, grob verkürzte und damit inhaltlich ungenaue Schlagworte, die von einer sachlichen Diskussion ablenken. Vor allem vermischt diese Begriffsbildung zwei Fragestellungen, die eigentlich nichts miteinander zu tun haben. Erstens: Welcher Personenkreis unterliegt der Versicherungspflicht, alle Bürger oder nur die Arbeitnehmer? Zweitens: Wie sind die Versicherungsbeiträge ausgestaltet, einkommensabhängig oder -unabhängig? Selbst in diesem engen Raster stellen die beiden von der Rürup-Kommission propagierten Modelle nur einen unvollständigen Ausschnitt der möglichen Alternativen dar.

Die Analyse der Stiftung Marktwirtschaft (Argumente zu Marktwirtschaft und Politik Nr. 79) zeigt, daß eine einkommensabhängige Bürgerversicherung keine geeignete Lösung für die Probleme unseres Gesundheitssystems wäre. Vor allem würde sie die Lohnnebenkosten nicht von den auch in Zukunft zu erwartenden überproportionalen Steigerungen der Gesund-

heitsausgaben abkoppeln. Positive Auswirkungen auf den Arbeitsmarkt gegenüber dem Status quo sind höchstens in geringem Umfang zu erwarten. In dieser Hinsicht ist das Kopfpauschalens-Modell deutlich überlegen.

Keineswegs unsolidarisch

Anders als häufig fälschlicherweise behauptet wird, sind pauschale, einkommensunabhängige Beiträge auch keineswegs unsolidarisch. Vielmehr findet der soziale Ausgleich dort statt, wo er hingehört: im Steuer-Transfer-System. Aufgrund dieser Trennungsmöglichkeit von Versicherungsleistung und Umverteilungskomponente ist es auch unnötig, eine einheitliche Bürgerversicherung einzuführen, die unweigerlich das Ende der Privaten Krankenvollversicherung bedeuten würde. Denn trotz aller Kritik, die man dem Wettbewerbsverständnis der privaten Krankenversicherungen entgegenhalten kann, liegt ihr unschätzbare Vorteil im Aufbau von Alterungsrückstellungen. Diese wirken dem Beitragsanstieg in der Zukunft entgegen. Daher ist die Einführung von Alterungsrückstellungen auch in der Gesetzlichen Krankenversicherung unerlässlich.

In den beiden von der Rürup-Kommission entwickelten Vorschlägen sucht man Alterungsrückstellungen jedoch vergeblich. Wie statt dessen ein optimales Krankenversicherungssystem aussehen sollte, hat der Kronberger Kreis aufgezeigt.

Pflichtversicherte Bemessungs- grundlage	Arbeitnehmer	Alle Bürger „Bürgerversicherung“
pauschale Beiträge „Kopfpauschale“	pauschale Arbeitnehmersicherung (Rürup-Modell)	pauschale Bürgerversicherung (u.a. Knappe/Arnold)
einkommensabhängige Beiträge	einkommensabhängige Arbeitnehmersicherung (Herzog-Modell, Stufe 1)	einkommensabhängige Bürgerversicherung (Lauterbach-Modell)
lohnabhängige Beiträge	lohnabhängige Arbeitnehmersicherung (Status quo)	—

Seitenblick

Hartmannbund

Begriffsbestimmung

Das Hartmannbund-Magazin stellte die Publikation „Im Dickicht der Gesundheitsreform“ vor: „Die Veröffentlichung erklärt die diskutierten Reformvorschläge und bewertet sie auch für Nicht-GesundheitsökonomInnen verständlich.“ (Heft 8/2003).



Weder Rürup noch Lauterbach

„Wer Bürgerversicherung und Kopfpauschale gegenüberstellt, vergleicht Apfelsaft mit Birnenschnaps“, so zitierte die Pharmazeutische Zeitung die Stiftung Marktwirtschaft. Für eine sachgerechte Diskussion müßten die Fragen, welcher Personenkreis der Versicherungspflicht unterliegt und wie der Beitrag bemessen wird, getrennt diskutiert werden (27.11.2003).

ÄRZTE ZEITUNG

Verwirrende Worthülsen

Die Ärzte Zeitung zitierte die Kritik der Stiftung Marktwirtschaft, in der Debatte über eine Reform der Krankenversicherung herrsche heillose Begriffsverwirrung durch irreführende Worthülsen (6.11.2003).

Frankfurter Allgemeine

Mehr langfristiges Denken

Die FAZ berichtete über die Forderung der Stiftung nach Langfristigkeit: „Ein optimales Krankenversicherungssystem müßte nach Auffassung der Ökonomen auf risikoabhängigen Versicherungsprämien und übertragbaren individuellen Alterungsrückstellungen ruhen.“ (4.11.2003).

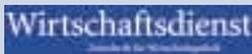
Börsen-Zeitung

Kommentar zur Reform

Lüder Gerken kritisierte in seinem Gastkommentar, die öffentliche Debatte werde durch die Schlagwörter „Bürgerversicherung“ und „Kopfpauschale“ beherrscht. Diese Begriffe seien jedoch irreführend (1.11.2003).

Seitenblick**Keine Angst vorm Wirtschaftsteil!**

Das Buch „Keine Angst vorm Wirtschaftsteil - Wie Journalisten Studierende für ökonomische Berichterstattung in Regionalzeitungen gewinnen“ von Dr. Katrin Schnettler ist in der Reihe „Forschung für die redaktionelle Praxis“ (Lit-Verlag) erschienen. Katrin Schnettler ist bei der Stiftung Marktwirtschaft verantwortlich für Kommunikation. Kernergebnisse ihrer empirischen Untersuchung sind: Die Wirtschaftsteile der Regionalzeitungen können ihrem ambivalenten Image zwischen „Käseblatt“ und „Expertenbabylon“ nur entinnen, wenn sie über Querschnittstexte mit regionalem Bezug möglichst viele Gruppen ansprechen. Gefragt sind Nutzwert, Hintergrund und Unterhaltbarkeit zugleich. Schlüssel zur Akzeptanz ist der Bezug zur Alltagswelt.

**Reform der Komitologie**

Den Reformbedarf im Ausschußwesen der Europäischen Union skizzierten Dr. habil. Lüder Gerken, Marco Holtz und Dr. Gerhard Schick in ihrem Aufsatz „Reform der Komitologie im Verfassungsentwurf des Europäischen Konvents“ im Wirtschaftsdienst. Dabei bewerteten sie die vom Konvent vorgeschlagenen Änderungen positiv (Heft 10/2003).

**Komitologie-Verfahren bleibt umstritten**

Ralf Fischer zu Cramburg zitierte die Studie der Stiftung Marktwirtschaft über das Komitologieverfahren in der EU. Die Stiftung vertrete die Auffassung, „daß große Teile der Rechtsanwendung und -konkretisierung auf europäischer Ebene unter Ausschluß der Öffentlichkeit und ohne parlamentarische Kontrolle stattfinden.“ (1.10.2003).

Mehr Gerechtigkeit im europäischen Steuersystem!

Kompliziert, ungerecht, betrugsanfällig – so könnte man das Steuerrecht im europäischen Binnenmarkt beschreiben. Mit diesen Problemen wird sich die Stiftung Marktwirtschaft 2004 verstärkt beschäftigen und nach Lösungen suchen.

Vor allem das Umsatzsteuersystem der Europäischen Union ist sehr betrugsanfällig. Dadurch entgehen allein der Bundesrepublik jährlich Einnahmen im zweistelligen Milliardenbereich. Doch ein Systemwechsel ist nicht in Sicht, weil die Mitgliedstaaten über die Aufteilung der Umsatzsteuereinnahmen uneinig sind.

Komplizierte Verhältnisse

Extrem komplex ist die Unternehmensbesteuerung im europäischen Binnenmarkt: 15 nationale Steuerrechtsordnungen und mehr als 100 Doppelbesteuerungsabkommen gilt es zu beachten. Mit dem Beitritt der mittel- und osteuropäischen Staaten wird alles noch komplizierter. Die Folge sind Doppelbesteuerung und Minderbesteuerung sowie eine ineffiziente Verteilung der Steuereinnahmen auf die Mitgliedstaaten. Ein produktiver Steuerwettbewerb kann so nicht entstehen.

Ungerechtigkeiten entstehen, weil viele Menschen Geld im europäischen Ausland anlegen, darauf aber keine Steuern zahlen. Den heimischen Finanzämtern ist es bisher aber kaum möglich, dieses „Schwarzgeld“ zu kontrollieren.

Erst vor kurzem konnte nach langem Streit eine neue europäische Richtlinie verabschiedet werden. Sie sieht vor, daß die meisten Staaten Kontrollmitteilungen an die Finanzämter in den Heimatländern der Anleger versenden müssen. Belgien, Luxemburg und Österreich sind verpflichtet, Quellensteuern zu erheben und das Aufkommen mit den Wohnsitzländern der Anleger zu teilen. Ob diese Richtlinie zu mehr Steuergerechtigkeit führt, bleibt abzuwarten.

Zurückzuführen sind diese Probleme auf eine schlechte Kompetenzverteilung zwischen der Europäischen Union und ihren Mitgliedstaaten sowie auf ineffiziente Entscheidungsverfahren in der Steuerpolitik. An diesen Punkten wird die Stiftung Marktwirtschaft ansetzen, wenn sie Lösungen entwickelt für ein effizienteres und gerechteres Steuersystem im europäischen Binnenmarkt.

Die Europawahl aus ordnungspolitischer Perspektive

Am 13. Juni 2004 wird das Europäische Parlament gewählt. Erstmals nehmen an dieser Wahl auch die Bürger der mittel- und osteuropäischen Beitrittsländer teil.

In den letzten Jahren hat das Europäische Parlament zunehmend politisches Gewicht gewonnen. Deshalb spielen die politischen Parteien auf europäischer Ebene inzwischen auch eine stärkere Rolle als früher. Landsmannschaftliche Bindungen treten vermehrt hinter politische zurück. Um so wichtiger wird es für die Bürger, bei der Europawahl nicht nur ein Bekenntnis zu Europa abzulegen oder die Reformpolitik in Deutschland zu

bewerten, sondern an der Wahlurne auch gut informiert über die anstehenden Fragen europäischer Politik zu entscheiden.

Die Stiftung Marktwirtschaft wird deshalb diese Wahl zum Anlaß nehmen, um zu einer Reihe von Fragen der europäischen Wirtschafts- und Finanzpolitik ordnungspolitisch Position zu beziehen. Zu diesen Fragen werden beispielsweise die Nettozahler-Diskussion um die Verteilung der Finanzierungslasten in der Union, der Vorschlag zur Einführung einer EU-Steuer, der Stabilitätspakt oder die europäische Beschäftigungspolitik gehören.